

CDU-Präsidiumsmitglied und Finanzstaatssekretär Jens Spahn empfing in seinem Berliner Büro BDS-Präsident Günther Hieber zu einem Gedankenaustausch



Spahn: Mittelschicht entlasten

CDU-Spitzenpolitiker sieht begrenzten Spielraum für Steuersenkungen und will erfolgreiche Finanzpolitik fortsetzen – Kritik an Steuerplänen der SPD

Er ist der Shootingstar der CDU. Die Rede ist von Jens Spahn, 37 Jahre jung und bereits Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung betitelte ihn als „CDU-Hoffnungsträger“ und schrieb über das „Spahn-Prinzip“: „Der Finanzpolitiker Jens Spahn rebellierte mit kalkulierten Angriffen gegen die Kanzlerin – und ist damit so präsent wie niemand sonst in der CDU. Trägt ihn diese Taktik ins Kanzleramt?“

Grund genug also für BDS-Präsident Günther Hieber und Hauptgeschäftsführer Joachim Schäfer, das Gespräch mit Jens Spahn zu

„Martin Schulz gehe es um Steuererhöhungen auf breiter Front.“

suchen, um zu eruieren, wo die Arbeitsschwerpunkte in der Wirtschafts- und Finanzpolitik des CDU-Spitzenpolitikers in der nächsten Legislaturperiode liegen werden.

Angesprochen auf das Steuerkonzept der SPD, nach dem höhere Belastungen für Spitzenverdiener und eine Reichensteuer vorgesehen sind, um im Gegenzug niedrige Einkommen zu entlasten, reagiert Jens Spahn spöttisch: Martin Schulz gehe es um Steuererhöhungen auf breiter Front. Zahlen sollten all diejenigen, die jetzt schon mehr als die Hälfte des Aufkommens aus der Einkommensteuer tragen. „Also die Mittel-

ständler und nicht irgendwelche anonymen Reichen.“ Wer glaube, nur mit einer Reichensteuer könne man die von der SPD geplanten Mehrausgaben im Milliardenbereich finanzieren, der glaube auch an Ammenmärchen, ironisierte Spahn. Die SPD verfare nach dem Motto „im Himmel ist Jahrmarkt“. O-Ton Spahn: „Eine solide Finanzpolitik sieht anders aus.“

Dagegen wolle die Union den erfolgreichen Finanzkurs aus ihrer Regierungszeit fortsetzen. Seit vier Jahren verzeichne Deutschland einen ausgeglichenen Haushalt, was auch weltweit einmalig sei. Aufgrund der Steuermehreinnahmen – auch im Jahr 2017 – brauche man



keine höheren Steuern, sondern es gäbe einen begrenzten Spielraum von rund 15 Milliarden Euro, um den Solidaritätszuschlag schrittweise abzubauen und um die Mittelschicht zu entlasten. Deshalb verstehe er auch nicht die Diskussion um einen höheren Spitzensteuersatz, der aus guten Gründen von Rot-Grün gesenkt worden sei, hob der Finanzstaatssekretär hervor. Er könne sich vorstellen – so Spahn weiter –, dass der Spitzensteuersatz erst ab einer Größenordnung jenseits von 60.000 Euro greife.

BDS-Präsident Günther Hieber bat Jens Spahn, die Ein-Prozent-Regelung beim privat genutzten Dienstfahrzeug erneut auf den Prüfstand zu stellen. Es könne nicht sein, argumentierte Hieber, dass bei der jetzigen Verfahrensweise der Listenpreis und nicht der Kaufpreis angesetzt werde. Diesem Ansinnen wollte Jens Spahn nicht folgen. Dieses Thema stehe nicht auf der Agenda des Finanzministeriums. Stattdessen sei es

doch Anlass zur Freude, dass auf Initiative der Union die Grenze für die Abschreibung von GWG´s auf 800 Euro verdoppelt worden sei und dass man den Mittelstand bei der Kalten Progression in den letzten Jahren um einige Milliarden Euro entlastet habe.

Aber noch ein anderes Thema sei für ihn wichtig, betonte Jens Spahn: Die Generationengerechtigkeit. Wenn die heute 30- bis 50-jährigen in Rente gingen, kämen auf einen Ruheständler nur noch zwei Beitragszahler, statt wie bisher drei. Die jetzige Koalition habe mit Blick auf den demografischen Wandel mit der Flexi-Rente bereits ein ganz wichtiges Signal gesetzt. Da immer weniger junge Fachkräfte dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stünden, brauche man verstärkt die Arbeitsleistung der älteren Arbeitnehmer. Dabei gehe es ihm nicht um die Rente mit 70, sondern um verstärkte Anreize, länger zu arbeiten. Deshalb habe man auch den Arbeitslosenversicherungsbeitrag abgeschafft für

„Die Rentenproblematik eignet sich nicht als Wahlkampfthema. Es geht nicht um kurzfristige Beruhigungspillen für die eigene Klientel, sondern darum, das Rentensystem insgesamt auf den Prüfstand zu stellen.“

Menschen, die bereits Rente beziehen, aber weiterhin beruflich tätig sind. Er mache sich dafür stark, unterstrich Jens Spahn, die betriebliche Altersvorsorge als Ergänzung zur gesetzlichen Rente zu stärken.

Die Rente mit 63 sehe er ausgesprochen kritisch, betonte Jens Spahn, weil von dieser Regelung vor allem gut verdienende Facharbeiter profitierten. Das koste doppelt: Fehlende Beitragszahlungen auf der einen und hohe Rentenzahlungen auf der anderen Seite. Gleichwohl eigne sich die Rentenproblematik nicht als Wahlkampfthema. Es gehe nicht um kurzfristige Beruhigungspillen für die eigene Klientel, sondern darum, das Rentensystem insgesamt auf den Prüfstand zu stellen. Im Gegensatz zur Kranken- oder Pflegeversicherung sei bei der Rente allerdings eine Systematik gefunden worden, die bis ins Jahr 2030 trage. Dieses jetzt grundsätzlich in Frage zu stellen, wäre fatal, so das Credo des CDU-Präsidiumsmitglieds. A.S. ■

IMPRESSUM

Der Selbständige

ISSN 0946-3224

Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen/Deutscher Gewerbeverband

Hrgs: Bundesverband der Selbständigen – Reinhardtstrasse 35, 10117 Berlin
Telefon (030) 280491-0/Fax -11

Redaktion: Joachim Schäfer (verantwortlich),
Thomas Brüggemann, Anita Schäfer
Layout & © Titel: Joachim Schäfer

Fotos: J. Schäfer, Bettina Ausserhofer,
H.-J. Großimlinghaus

Erscheinungsweise: 10 x jährlich
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Berlin
Bezugsbedingungen:

Die Zustellung des E-Papers ist durch den Mitgliedsbeitrag zum BDS abgegolten. Bei Nichterscheinen des E-Papers infolge höherer Gewalt bestehen keine Ersatzansprüche.

© by: Bundesverband der Selbständigen

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir keine Gewähr. Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen sowie der gesamten grafischen Gestaltung bleiben Bundesverband der Selbständigen und dürfen nur mit ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung weiterverwendet werden.

Briefe und Manuskripte an:

Bundesverband der Selbständigen –
Reinhardtstrasse 35, 10117 Berlin
Telefon (030) 280491-0/Fax -11
Internet: www.bds-dgv.de
E-Mail: info@bds-nrw.de

Hinweis: In allen Fällen, in denen die neue Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zulässt, wird die von der Dudenredaktion empfohlene Schreibung angewandt.



CDU-Präsidiumsmitglied Jens Spahn hält gesetzliche Regeln für muslimische Gemeinden in Deutschland für notwendig und forderte in einem Gespräch mit den Zeitungen der Funke Mediengruppe ein Islamgesetz. Mit seinem Vorschlag irritierte Spahn auch die eigene Partei. Fraktionschef Volker Kauder hat die Sache für unnötig erklärt, Regierungssprecher Steffen Seibert hat sie für die Regierung ausgeschlossen und Ex-Generalsekretär Ruprecht Polenz hat den Spahn-Vorschlag als „populistische Schnapsidee“ bezeichnet. All diese Kritik schreckt den 37-jährigen Finanzstaatssekretär nicht, wie er in einem Gespräch mit Joachim Schäfer deutlich machte.

? Was soll denn nach Ihrer Vorstellung ein Islamgesetz beinhalten?

Jens Spahn: Wir wissen nicht, was in den Moscheen gepredigt wird. Ich kann mich mit keinem Imam in meiner Heimat auf Deutsch unterhalten, viele davon werden aus dem Ausland geschickt oder bezahlt. Es gibt in Deutschland türkische und marokkanische Moscheegemeinden, aber keine deutschen. Wer von Ungläubigen und nicht von Andersgläubigen redet, der legt die Grundlage für Terror und Hass. Es geht nicht nur darum, dass kein Hass gepredigt wird, vielmehr müssen wir fragen, ob die Predigten in den Moscheen gegen unsere offene Gesellschaft gerichtet sind oder ob sie Mut machen, sich bei uns einzubringen. Das wäre eine wichtige Voraussetzung für Integration und Zusammenleben statt Nebeneinanderherleben.

? In einem Bericht von Welt-Online ist zu lesen, dass Sie ein Verbot der Vollverschleierung fordern, über sich selbst sagen, Sie seien „Burkaphob“, warnen vor gesellschaftlichen Konflikten mit Islamgläubigen und nennen Ehen mit 10- beziehungsweise 12-jährigen Kindern „Kindesmissbrauch“. Wagen Sie mit diesen Positionen nicht doch einen kontrollierten Konflikt mit der Bundeskanzlerin?

Zentrale Herausforderung

Jens Spahn: Freiheit nicht auf dem Altar falsch verstandener Toleranz opfern

Jens Spahn: Kinder gehören in die Schule und nicht an den Traualtar. Da gibt es eine große Übereinstimmung in unserer Partei und deshalb haben wir per Gesetz alle Ehen mit unter 16-Jährigen für nichtig erklärt. Die Auseinandersetzung mit einem konservativ-radikalen Islam ist überall in Europa die zentrale Herausforderung. Wir dürfen unsere freie Gesellschaft nicht auf dem Altar falsch verstandener Toleranz opfern.

? Wieviel Zuwanderung kann Deutschland noch vertragen? Wo liegt die Grenze der Aufnahmekapazität?

Jens Spahn: Zuwanderung muss gesteuert werden und sich nach dem Bedarf am Arbeitsmarkt richten. Gleichzeitig müssen wir Zuwanderung in die Sozialsysteme verhindern. Leider sind in den letzten Jahren hunderttausendfach Menschen, die keine Flüchtlinge sind, unter Missbrauch des Asylrechts nach Deutschland gekommen. Sie sind vielfach nicht besonders qualifiziert und sehr schwer in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Ich verstehe jeden, der sich auf den Weg macht, um hier ein besseres Leben zu suchen. Aber die ehrliche Ansage ist: Wir können nicht jedem helfen. Irgendwann ist jede Gesellschaft überfordert. Hinzu kommt: Ein Elektriker aus Syrien ist etwas anderes als ein Elektrikergeselle in Deutschland. Hier wird mit Hochtechnologie ausgebildet und gearbeitet. Das ist in den Herkunftsländern nicht der Fall.

? FDP-Chef Christian Lindner fordert ein Zuwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild. Können Sie sich mit seiner Forderung anfreunden?

Jens Spahn: Jein. Würde Deutschland das kanadische Punktesystem übernehmen, dann käme es nur auf die Qualifikation an. Ob jemand einen Arbeitsplatz hat, wäre egal. Mit anderen Worten: Der Zuwanderer ist zwar gut qualifiziert, hat aber keinen Job und wandert so möglicherweise auch in die Sozialsysteme ein. Ich plädiere deshalb dafür, dass eine Zuwanderung nur dann erfolgen kann, wenn auch ein Arbeitsvertrag vorliegt. Ich bin aber ziemlich sicher, dass wir uns in dieser Frage sehr schnell mit der FDP einig werden.



? Wie bewerten Sie die umstrittenen Thesen von Thomas de Maizière zur deutschen Leitkultur?

Jens Spahn: Die Diskussion, die Thomas de Maizière angestoßen hat, wird heute weit aus gelassener geführt als noch vor fünfzehn Jahren, weil immer mehr Menschen im Land spüren, dass wir gerade in einer vielfältigen Gesellschaft Werte brauchen, die auf unseren Prinzipien, unseren Traditionen und unserer Kultur beruhen. Im Kern geht es um nur eine Frage: Wollen wir gemeinsam die Zukunft unseres Landes gestalten oder leben wir nebeneinander her – oder gar gegeneinander? Parallelgesellschaften können wir nicht akzeptieren. Wer will, dass sich hier in Deutschland seine Frau voll ver-

schleiert, der ist im falschen Land. Meine Vorstellung von einem vernünftigen gesellschaftlichen Zusammenleben ist eine andere.

? Zitat Jens Spahn: „Mehr Family-Mainstreaming statt immer nur Gender-Mainstreaming – das wäre mal was.“ Was verbirgt sich hinter dieser Botschaft?

Jens Spahn: Wir führen mittlerweile sehr kleinteilige Debatten, wenn es um das sogenannte Gender-Mainstreaming geht. Ich finde, dass wir den Hauptfokus auf die Familienpolitik richten sollten, denn der größte Teil der Deutschen lebt immer noch in einem klassischen Familienverbund. Ich kämpfe für die gesellschaftliche Akzeptanz der Familien und für diejenigen, die sich der Kindererziehung widmen. Mittlerweile genießen gleichgeschlechtliche Partnerschaften ebenso Anerkennung und Respekt, wie die vollzeiterziehende Mutter. Dass sich eine Mutter rechtfertigen muss, weil sie zu Hause bleibt, um ihre Kinder zu erziehen, ist nicht meine Vorstellung von einer vernünftigen Familienpolitik.

? All Ihre Aussagen klingen so, als ob Sie das konservative Profil der CDU schärfen wollen...

Jens Spahn: Wenn es darum geht, zu unseren Werten zu stehen, zu Verlässlichkeit und Zusammenhalt in der Familie, zu Leistungsbereitschaft und dazu, dass Freiheit nicht nur bedeutet, ich mache, was ich will, sondern ich habe auch eine Verantwortung für mich und andere, dann bin ich in diesem Sinne sehr gern konservativ. ■



Mit Jens Spahn sprach Joachim Schäfer